

*Karina Becker, Ulrich Brinkmann, Stephan Voswinkel**

Editorial

„Zweifellos kann die Gesellschaft nicht existieren, wenn ihre Teile nicht solidarisch sind.“
(Emile Durkheim)

Solidarität ist zweifellos ein, wenn nicht *der* normative Kern der Gewerkschaftsbewegung und die Institutionen der Industriellen Beziehungen (Koalitionsfreiheit, Tarifvertrag, betriebliche Interessenvertretung, Sozialstaat) sind ohne Bezug auf sie nicht vorstellbar. Man könnte sich darüber wundern, dass *erst jetzt* ein Heft in Angriff genommen wird, das sich schwerpunktmäßig mit Solidarität in der Arbeitswelt beschäftigt. Wir meinen, dass dieses Schwerpunktheft *gerade jetzt* zur rechten Zeit erscheint und zwar deshalb, weil Solidarität auch und gerade im Feld der Industriellen Beziehungen umstritten und gefährdet ist und hinsichtlich der Frage, was Solidarität in der Praxis ausmacht und einschließt, alles andere als einhellig beantwortet wird. Schon seit längerem kennzeichnen Individualisierung, Entkollektivierung, Exklusions- und Abgrenzungstendenzen das Forschungsfeld; parallel dazu lassen sich neue, translokale Formen von Solidarität beobachten. Vor diesem Hintergrund ist die wissenschaftliche Beschäftigung mit Solidarität nötig, überfällig, aber auch herausfordernd.

Nicht nur in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist Solidarität ein zentraler Begriff. Auch die Soziologie ist ohne sie kaum zu denken: Der Klassiker Emile Durkheim (1922/1930) ist auch heute noch eine wichtige Referenz für viele Soziolog*innen. Die Katholische Soziallehre beruft sich wesentlich auf sie (Große Kracht, 2017), die Forschung über den Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat kommt ohne sie nicht aus (Kaufmann, 2002; Dallinger, 2009). Selbst Theorien rationaler Wahl stellen sich (in anderer Terminologie) die Frage, wie Kollektivgüter unter Bedingungen allseitigen individuell-nutzenorientierten „rationalen“ Handelns zustande kommen können (Olson, 1965) und beantworten dies auch damit, dass die Voraussetzung funktionierender (Gruppen-)Solidarität das nachhaltige Verfolgen von „self-interest“ sei (Hechter, 1987; Axelrod, 1984; zur Kritik vgl. Smith & Sorrell,

* Dr. Karina Becker, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Kolleg „Postwachstumsgesellschaften“, Humboldtstraße 34, 07743 Jena. E-Mail: karina.becker@uni-jena.de
Prof. Dr. Ulrich Brinkmann, Technische Universität Darmstadt, Institut für Soziologie, Dolivostraße 15, 64293 Darmstadt. E-Mail: brinkmann@ifs.tu-darmstadt.de
PD Dr. Stephan Voswinkel, Institut für Sozialforschung Frankfurt a. M., Senckenberganlage 26, 60325 Frankfurt a. M. E-Mail: voswinkel@em.uni-frankfurt.de

2014). Dies erinnert wiederum an Adam Smith, der nicht nur der Begründer des Eigennutz-Arguments ist, sondern sich in der „Theory of Moral Sentiment“ auch mit zwischenmenschlicher „sympathy“ und ihrem Beitrag für eine bessere Gesellschaft auseinandergesetzt hat.

Angesichts dieser vielfältigen theoretischen und disziplinären Bezüge erstaunt die Einheitlichkeit und Spannweite dessen nicht, was der Begriff bezeichnet und welchen Stellenwert er in den jeweiligen Kontexten besitzt (Jeffries, 2014). In der Theorie Durkheims ist Solidarität eine Bezeichnung für das, was gesellschaftliche Integration ermöglicht, und dafür, wie sie sich herstellt. Der Erklärungszusammenhang ist ein funktionaler, allerdings einer, der normativ vermittelt wird. In anderen Theorien, etwa jener von Axel Honneth (1994, S. 148ff.), steht Solidarität für den gemeinsamen Wertbezug, der als Referenz für die Muster der Wertschätzung als einer Form der Anerkennung dient. In Theorien, die gemeinsame Orientierungen und Werte aus der mit der gemeinsamen sozialen Lage verbundenen Interessenstruktur ableiten, meint Solidarität die bewusstseinsmäßige und normative Haltung, die aus der Einsicht in die objektiven Interessen auf Basis gemeinsamer sozialer Lagen resultiert. Protagonist dieses Forschungsstrangs ist Karl Marx, der Solidarität aus gemeinsamen objektiven Klassenlagen ableitete. Im Kontext von antagonistischen Klassentheorien ist Solidarität dann immer auch eine Solidarität *gegen*; sie ist somit ein Kampfbegriff. Schließlich kann Solidarität auch als etwas verstanden werden, das sich in Institutionen niederschlägt und durch sie stabilisiert wird – dies gilt für Theorien des Sozialstaats.¹

Gemeinsam ist den angeführten Theoriesträngen das relationale Moment – Solidarität wird als Beziehungskategorie konzipiert; sie bezeichnet eine Beziehung von Orientierungen, etwa Emotionen und Handlungen zwischen Akteuren, sei es auf Basis von Gemeinsamkeiten (der Interessen), von Sympathie und Empathie oder von normativen Verpflichtungen. Wenn sie sich institutionalisiert, kann diese Beziehungsdimension aus dem Bewusstsein geraten. Der brasilianische Sozialpsychologe Luis Galeão versteht Moral als verdinglichte Form der Solidarität², weil hier eine Verpflichtung gegenüber einer Norm an die Stelle der zwischenmenschlichen Verbindung tritt. Ähnlich können Institutionalisierungen von Solidarität etwa in Regelungen und Leistungen des Sozialstaats vergessen lassen, dass es sich hier nicht um verrechtlichte Aspekte eines Systems handelt, sondern dass diesen lebensweltliche Verbindungen zugrunde liegen. Dies kann zur Folge haben, dass solche Institutionalisierungen Solidarität nicht nur stabilisieren, sondern auch schwächen – beispielsweise, wenn man meint, auf tätige Solidarität, wie gewerkschaftliches oder nachbarschaftliches Engagement, verzichten zu können, weil entsprechende Rechtsansprüche verbürgt zu sein scheinen.

In der Gegenwart scheint dem Begriff in Teilen der Gesellschaft etwas Antiquiertes anzuhängen. Er wird verbunden mit den Arbeiterbewegungen aus früherer Zeit oder wird als pompöses Wort verstanden (so etwa von interviewten jungen Erwachsenen in Billmann & Held, 2013, S. 1982ff.). Diese Abschreibung des Begriffs verbreitete sich in einer Phase (in den 1980er und 1990er Jahren), in der in der Soziologie und der westlichen Kultur Individualisierung und individuelle Autonomie generell orientierungs- und handlungsleitend wurden. Zugleich wurde die Orientierung an Solidarität auch in dieser Zeit in der Soziologie nicht gänzlich verabschiedet. Es wurde vielmehr darüber nachgedacht, welche Bedeu-

1 Vgl. als guten Überblick über die verschiedenen Bedeutungsdimensionen Bayertz (1998) und Zoll (2000).

2 In einem Vortrag im Dezember 2017 in São Paulo.

tung Solidarität unter den Bedingungen einer individualisierten Gesellschaft noch haben könne. Ausgangspunkt dieser Überlegungen war und ist die Frage, wie Solidarität bzw. solidarisches Handeln auf der Basis geteilter sozialer Lagen gelingen kann, wenn sich die Arbeiter*innenklasse derart ausdifferenziert und sich die Arbeitsbedingungen so individualisieren, dass von einer Gemeinsamkeit der Interessen kaum mehr die Rede sein kann (Beck, 1983). Rational-Choice-Theorien fühlten sich umso mehr berechtigt, Solidarität entweder nur mehr eine prekäre Bedeutung zuzumessen oder ihren Grund in ihren instrumentellen Funktionen für die allgemeine individuelle Interessenverfolgung zu suchen (vgl. hierzu Tranow, 2012).

Zeitgleich – und in Kompensation zu den weitreichenden Individualisierungstheorien – entwickelten sich Begründungsmuster dafür, dass gerade auch moderne Gesellschaften solidaritätsbedürftig sind. Solidarität, so die Erkenntnis, könne nicht mehr allein auf gemeinsamen objektiven sozialstrukturellen Lagen beruhen. Stattdessen sei sie als Leistung in Beziehungen und in Form institutioneller Gewährleistungen zu verstehen und müsse auch eine Solidarität mit Akteuren in anderen sozialen Lagen sein (Hondrich & Koch-Arzberger, 1992). Diese auf Solidarität beruhenden Beziehungen seien begrenzt und punktuell, sie würden nicht die gesamte Person binden, sondern seien aus Nutzen- oder moralischen Erwägungen und Emotionen gewählt (Bayertz, 1998, S. 30ff.). Die in dieser Zeit prominenten sozialphilosophischen Theorien des Kommunitarismus wiesen indes darauf hin, dass Solidarität gemeinschaftlicher Grundlagen bedürfe und nicht nur in universellen Normen begründet liegen könne, sondern republikanische Grundlagen brauche, also einen gemeinsamen Bezug auf Werte, Geschichte und Zugehörigkeiten (Taylor, 1993).

Diese Debatte ist nach einiger Zeit abgeflaut, ohne dass sie entschieden oder auf eine neue Stufe gehoben werden konnte. Sie wurde auch in der Forschung über Industrielle Beziehungen kaum rezipiert. Mit heutigen Augen gelesen, erscheinen manche der kommunitaristischen Argumente problematisch. Auch wenn Autoren wie Charles Taylor und Michael Walzer der politischen Linken zuzurechnen sind, so finden sich doch einige der Argumente in veränderter, nämlich auf Nation und Ethnie eng geführten Form auch bei der Neuen Rechten. Der nun aufgemachte Gegensatz von Kosmopolitismus/Universalismus und (national verstandenem) Kommunitarismus charakterisiert den aktuellen Diskurs. Der Nationalstaat (oder Europa als neue „Nation“) wird als die unverzichtbare Grundlage von Solidarität und Verbundenheit und somit auch von Institutionalisierungen der Solidarität, wie dem Sozialstaat, verstanden (und in der Konsequenz Geflüchteten und Migrant*innen diese Solidarität verweigert). Der Universalismus gerinnt demgegenüber zu einer moralischen Haltung, der sich nicht in solidaritätsstabilisierenden Institutionen niederschlägt – so die beiden Extrempunkte der Debatte (für einen aktuellen Überblick: Becker, Dörre & Reif-Spirek, 2018).

Durkheims Unterscheidung von mechanischer und organischer Solidarität scheint hierbei immer wieder auf: mechanische als diejenige Form der Solidarität, die auf gemeinsamer Lage und Zugehörigkeit basiert, organische als jene, die auf der wechselseitigen (und, so könnte man ergänzen: Globalisierung der) Arbeitsteilung beruht und die Erfahrung wechselseitiger Angewiesenheit auch zwischen Lohnarbeitenden unterschiedlicher Ethnie und mit unterschiedlichem Staatsbürgerschaftsstatus zum Ausdruck bringt.

Die daran ansetzenden unterschiedlichen Solidaritätspraxen finden ihren Niederschlag in konkreten Arbeitspolitiken und bestimmen die gewerkschaftliche Auseinandersetzung.

Diskutiert wird der universalistische Anspruch von Solidarität, der sich etwa an der Frage scheidet, ob Solidarität nur bei gleichen und gemeinsamen Interessen entstehen kann; ob sie – und auf welcher Basis – auch zwischen Arbeitnehmer*innengruppen mit unterschiedlichem Beschäftigungsstatus möglich und erforderlich ist (etwa zwischen „Stamm“- und prekär Beschäftigten) und unter Arbeitnehmer*innen unterschiedlicher Ethnien. Studien offenbaren eine Kluft zwischen der gewerkschaftlichen Normativität und Rhetorik (internationaler Solidarität und zwischen allen abhängig Beschäftigten) und praktischer Interessenvertretung, die sich in Form einer „exklusiven Solidarität“ (Dörre, Holst & Matuschek, 2013, S. 223; Becker, 2015) der Stammbeschäftigten zeigt.

Erstaunlicherweise wird im Diskurs der Industriellen Beziehungen und auch in gewerkschaftlichen Debatten das Leitbild der „Autonomie“ oftmals aufgegriffen. Zwar muss dieser Begriff nicht im Gegensatz zur „Solidarität“ stehen. Gleichwohl lässt sich sein meist individualisierender Bias kaum übersehen. Er findet sich zunächst in Konzepten, die auch die Verantwortung für sich selbst und das eigene Schicksal ins Zentrum stellen. „Autonomie“ ist zumindest soziologisch irreführend, ignoriert dieser Begriff als Leitbild doch die soziale Eingebundenheit und Prägung der Menschen. Natürlich ist Autonomie ein Wert – gerade dann, wenn man sie bestimmten Einschränkungen der Lebensmöglichkeiten entgegenstellt. Aber sie kann nur dann aus ihrem individualisierenden Rahmen gelöst werden, wenn sie als *soziale* Autonomie gefasst wird – als Autonomie in ihrem Kontext, auf Basis sozialer Voraussetzungen, als Autonomie von Gruppen – mithin: als Autonomie in einem Zusammenhang von Solidarität. Dies mitbedacht, mag man vom Leitbild der Autonomie sprechen, doch drängen sich ohne weitere Erläuterungen liberalistische Assoziationen auf.

Wenn der Begriff „Solidarität“ auch weithin als „veraltet“ empfunden wird, so finden doch Begriffe Verwendung, die ihm verwandt sind und gleiche oder ähnliche Merkmale aufweisen. Das gilt zum Beispiel für „Kollegialität“ (Hürtgen, 2013; vgl. auch Kock & Kutzner in diesem Heft), für „Reziprozität“, sozialphilosophisch auch für „Gabentausch“ (Adloff & Mau, 2005), für „Hilfsbereitschaft“, für „soziales Engagement“ oder für „Empathie“. Gewiss unterscheiden sich diese Begriffe in ihrem Gehalt nicht unwesentlich von dem der „Solidarität“, gleichwohl machen sie deutlich, dass viele der Dimensionen von Solidarität nicht überholt sind. Das zeigt beispielsweise die steigende Streikbereitschaft in den Sozial- und Erziehungsdiensten und das Engagement in der Hilfe für Geflüchtete oder gegen ausbeuterische Beziehungen in den internationalen Wertschöpfungsketten.

Erfreulicherweise ist in neuerer Zeit eine Zunahme von Publikationen zu registrieren, die sich des Themas „Solidarität“ annehmen. Dies liegt vor allem an drei Entwicklungen. (1) Da ist zunächst die Flüchtlingsthematik, die die Solidaritätsfrage drastisch und nachdrücklich in einer internationalen Perspektive auf die Tagesordnung gesetzt hat (della Porta, 2018; Lahusen & Grasso, 2018). Desweiteren (2) werden Fragen nach nachhaltiger ökonomischer Entwicklung und gesellschaftlicher Gerechtigkeit in Debatten über eine „solidarity economy“ (z.B. Matsui & Ikemoto, 2015) neu thematisiert, Solidarität erscheint in dieser Tradition als Schlüssel zur Lösung von Marktversagen und sozialen Problemen gleichermaßen. Und schließlich hat (3) die sich von den Finanzmärkten ausbreitende langanhaltende Krise des Kapitalismus ihren Niederschlag in der sozialwissenschaftlichen Forschung zu ihren Auswirkungen auf Solidarität zwischen abhängig Beschäftigten gefunden (z.B. Menz et al., 2013).

Genug Gründe also, sich mit dem Begriff und dem Thema Solidarität in einem Schwerpunktheft der „Industriellen Beziehungen“ gerade heute zu beschäftigen. Das vorliegende Heft will dazu einen Beitrag leisten. Wir sind überzeugt, dass es uns gelungen ist, darin profunde Beiträge zu versammeln.

Dass die Rolle von Solidarität in einer globalen Perspektive vor allem auch die kulturell-normativen Dimensionen des Begriffs in den Blick nehmen muss, arbeiten Nora Lohmeyer, Elke Schüßler und Markus Helfen am Beispiel der Bekleidungsindustrie heraus. In Auseinandersetzung mit dem von Ver.di-Mitgliedern 2002 gegründeten ExChain-Netzwerk bestimmen sie Solidarität als wechselseitige Bindungen zwischen Gruppen von Arbeiter*innen, die auf einem kollektiven Gefühl der Verpflichtung aufbauen und kollektives Handeln unterstützen. Transnationale Arbeitnehmer*innen-Solidarität ist insbesondere herausgefordert, lokale und globale sowie kurz- und langfristige Ziele gleichermaßen zu verfolgen und zwischen diesen zu vermitteln.

Auch Martin Seeliger widmet sich den Problemen internationaler Solidarität. In seinem Aufsatz setzt er sich mit der Herstellung gemeinsamer Positionen von Gewerkschaften auf europäischer Ebene auseinander. Am Beispiel der Dienstleistungsrichtlinie zeigt er, dass eine gemeinsame Position über zunächst schwer vereinbar erscheinende Interessenlagen insbesondere zwischen west-, nord- und osteuropäischen Gewerkschaften hinweg das Ergebnis eines komplizierten Aushandlungsprozesses ist. Hierbei kommt der Etablierung eines Deutungsrahmens („Soziales Europa“) eine zentrale Bedeutung zu. Solidarität ist damit Resultat eines Konstruktionsprozesses, in dem auch die unterschiedliche Ressourcenausstattung west- und nordeuropäischer Gewerkschaften einerseits, der Gewerkschaften der neueren Mitgliedsländer andererseits wirksam sind.

Klaus Kock und Edelgard Kutzner beschäftigen sich in ihrem Beitrag mit Praktiken zur Herstellung von Kollegialität, die sie als eine Form der Solidarität begreifen. Dabei zeigen sie, dass sich auch aktuell und trotz konkurrenzbedingter Fragmentierungen in Arbeitsprozessen wechselseitige zwischenmenschliche Bindungen und Verpflichtungen ausfindig machen lassen. Dass sich Kollegialität gegen Konkurrenz und konkurrentes Handeln durchsetzt, leiten sie aus der Einsicht ab, dass die Realisierung eigener Ziele von der Realisierung der Ziele anderer abhängig ist und die eigene Handlungsfähigkeit in der Zusammenarbeit und im reziproken Austausch mit anderen erweitert werden kann.

Eine andere Strategie, nämlich jene, Solidarität als Kampfmethode zu begreifen, beschreibt Daniel Behruzi in seinem Beitrag zu den jüngsten Auseinandersetzungen in deutschen Krankenhäusern. Die Kampfform, die er dafür ausmacht, besteht darin, dass Pflegeteams damit drohen, Leistungen zu unterlassen, zu denen sie per Arbeitsvertrag nicht verpflichtet sind. Dafür stellen sie der Klinikleitung ein Ultimatum, in dem sie erklären, ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr außerhalb des Dienstplans einzuspringen, um die Patient*innenversorgung aufrechtzuerhalten. Auf diese Weise gelingt es den Beschäftigten, die disziplinierende Wirkung von Kollegialität aufzubrechen und in Produktionsmacht zu überführen.

Horan Lee und Ronald Staples schließlich entwickeln ein Szenario für die Zukunft von gewerkschaftlicher und arbeitsweltlicher Solidarität in Zeiten der Digitalisierung. Form und Charakter der Solidarität – so die Vermutung der Autoren – werden sich ändern, grundsätzlich werde sie aber ihre Funktion als Quelle von Verhandlungsmacht abhängig Beschäftig-

ter nicht verlieren. Lee/Staples' Konzept von „digitaler Solidarität“ knüpft dabei explizit an Durkheims differenztheoretische Konzeption an, zeigt aber auch die Schwächen der dichotomen Gegenüberstellung von mechanischer und organischer Solidarität (gerade für die Industriellen Beziehungen) auf und aktualisiert den Ansatz mit macht- und anerkennungstheoretischen Aspekten. Auch wenn die Autoren der Entstehung und Weiterentwicklung digitaler Solidarität optimistisch entgegensehen, verweisen sie auf die Herausforderung, Kooperationsmodi und meritokratische Normen, neu verhandeln zu müssen: Es ist in ihrer Sicht noch eine lange Strecke von traditionellen zu digitalen Solidaritätsformen, von „funktionslastigen“ Repräsentationmodellen zu „basisdemokratischen Partizipations- und Diskursangeboten“ und von der organisationalen Hierarchie zu „commons, assemblies, swarms und/oder weak networks“.

Als Herausgeber*innen dieses Heftes wollen und können wir nicht verschweigen, dass uns die insgesamt geringe Resonanz auf unseren Call for Papers verwundert hat. Das bezieht sich insbesondere auf die Themen, die – so meinen wir – aufgrund ihrer Aktualität und Brisanz in ein Schwerpunktheft zum Thema Solidarität in der Arbeitswelt gehören könnten. Dazu gehören das schwierige Verhältnis zwischen Stammbeschäftigten und anderen Gruppen (prekär Beschäftigten, Exkludierten, Geflüchteten) in der Interessenvertretung, die Pervertierung von „Solidarität“ im Rahmen einer ausschließenden „nationalen Solidarität“ und die Bedeutung dieser Entwicklung auch in den Belegschaften und ihren gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretungen sowie schließlich das Thema „exklusive Solidarität“ selbst. Aber auch die Debatte um Möglichkeiten und Formen der Solidarität in einer Kultur der Individualisierung findet sich nicht repräsentiert – um nur einige Beispiele zu nennen.

Was sagt uns das? Wir denken: Umso nötiger dieses Heft. Und umso nötiger die wissenschaftliche und gewerkschaftliche Beschäftigung mit diesem Thema. Immerhin hat die IG Metall den Begriff der „Solidarität“ in diesem Sommer auf ihre Agenda gesetzt – auf dem Zukunftsforum der Gewerkschaft im August 2018 und in der Entwicklung eines Magazins und einer Umfrage zum Verständnis von „Solidarität“. Das Thema ist also weiter – oder wieder – da.

Literatur

- Adloff, F. & Mau, S. (Hrsg.). (2005). *Vom Geben und Nehmen. Zur Soziologie der Reziprozität.* Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Axelrod, R. M. (1984). *The evolution of cooperation.* New York: Basic Books.
- Bayertz, K. (1998). Begriff und Problem der Solidarität. In K. Bayertz (Hrsg.), *Solidarität* (S. 11–53). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beck, U. (1983). Jenseits von Stand und Klasse. Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In R. Kreckel (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten* (S. 35–74). Göttingen: Schwartz & Co.
- Becker, K. (2015). Macht und Gesundheit. Der informelle Handel um die Vernutzung von Arbeitskraft. *Berliner Journal für Soziologie*, 25 (1-2), 161–185.
doi: 10.1007/s11609-015-0275-xx
- Becker, K., Dörre, K. & Reif-Spirek, P. (Hrsg.). (2018). *Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte.* Campus. Frankfurt a.M./New York: Campus.

- Billmann, L. & Held, J. (2013). Die Bedeutung von Solidarität für junge Beschäftigte im Dienstleistungsbereich. In L. Billmann & J. Held (Hrsg.), *Solidarität in der Krise* (S. 179–209). Wiesbaden: Springer VS. doi: 10.1007/978-3-658-00912-0_9
- Dallinger, U. (2009). *Die Solidarität der modernen Gesellschaft – Der Diskurs um rationale oder normative Ordnung in Sozialtheorie und Soziologie des Wohlfahrtsstaats*. Wiesbaden: Springer VS.
- Della Porta, D. (2018). *Solidarity mobilizations in the ‘refugee crisis’*. London/New York: Macmillan Publishers Limited. doi: 10.1007/978-3-319-71752-4
- Dörre, K., Holst, H. & Matuschek, I. (2013). Zwischen Firmenbewusstsein und Wachstumskritik. Subjektive Grenzen kapitalistischer Landnahmen. In K. Dörre, A. Happ & I. Matuschek (Hrsg.), *Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen* (S. 198–261). Hamburg: VSA.
- Durkheim, E. (1992/1930). *Über soziale Arbeitsteilung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Große Kracht, H.-J. (2017). *Solidarität und Solidarismus*. Bielefeld: transcript. doi: 10.14361/9783839441817
- Hechter, M. (1987). *Theories of Group Solidarity*. Berkeley: University of California Press.
- Hondrich, K. O. & Koch-Arzberger, C. (1992). *Solidarität in der modernen Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Honneth, A. (1994). *Kampf um Anerkennung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hürtgen, S. (2013). Mensch sein auf der Arbeit? Kollegialität als Balance von allgemein-menschlichen und leistungsbezogenen Aspekten von Arbeit. In L. Billmann & J. Held (Hrsg.), *Solidarität in der Krise* (S. 237–262). Wiesbaden: Springer VS. doi: 10.1007/978-3-658-00912-0_11
- Jeffries, V. (Hrsg.). (2014). *The Palgrave Handbook of Altruism, Morality, and Social Solidarity. Formulating a Field of Study*. New York: Palgrave Macmillan. doi: 10.1057/9781137391865
- Kaufmann, F.-X. (2002). Sozialpolitik zwischen Gemeinwohl und Solidarität. In H. Münkler & K. Fischer (Hrsg.), *Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Orientierung* (S. 19–54). Berlin: Akademie. doi: 10.1515/9783050079677-003
- Lahusen, Ch. & Grasso, M. T. (2018). *Solidarity in Europe. Citizens’ Responses in Times of Crisis*. New York NY: Palgrave Macmillan. doi: 10.1007/978-3-319-73335-7
- Matsui, N. & Yukio I. (Hrsg.). (2015). *Solidarity Economy and Social Business. New Models for a New Society*. Tokyo, Heidelberg, New York: Springer, Japan.
- Menz, W., Detje, R., Nies, S. & Sauer, D. (2013). Verriegelte Verhältnisse – Solidarität und interessenpolitische Handlungsorientierungen unter Krisenbedingungen. In L. Billmann & J. Held (Hrsg.), *Solidarität in der Krise. Gesellschaftliche, soziale und individuelle Voraussetzungen solidarischer Praxis* (S. 31–52). Wiesbaden: Springer VS. doi: 10.1007/978-3-658-00912-0_2
- Olson, M. (1965). *The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups*. Cambridge/Mass.: Harvard University Press.
- Smith, Ch. & Katherine S. (2014). On Social Solidarity. In V. Jeffries (Hrsg.), *The Palgrave Handbook of Altruism, Morality, and Social Solidarity. Formulating a Field of Study* (S. 219–247). New York: Palgrave Macmillan. doi: 10.1057/9781137391865_10
- Taylor, Ch. (1993). Aneinander vorbei: Die Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus. In A. Honneth (Hrsg.), *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften* (S. 103–130). Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Tranow, U. (2012). *Das Konzept der Solidarität. Handlungstheoretische Fundierung eines soziologischen Schlüsselbegriffs*. Wiesbaden: Springer VS. doi: 10.1007/978-3-531-93370-2
- Zoll, R. (2000). *Was ist Solidarität heute?* Frankfurt a.M.: Suhrkamp.